

Eidg. Kommission für Frauenfragen: Tätigkeitsbericht 1998

1. Allgemeines

1.1. Plenarsitzungen

An insgesamt vier Sitzungstagen (10. Februar, 5. Juni, 19./20. November) diskutierte die Kommission hauptsächlich folgende Traktanden:

- Frauen und Politik: Geschlechterquoten in der Politik, Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils bei den Eidgenössischen Wahlen 1999
- 11. AHV-Revision und 1. BVG-Revision
- Berufswahl und Berufsbildung (Referat Dr. Silvia Grossenbacher)
- Kinder, Zeit und Geld (Referat Tobias Bauer, Büro BASS, Bern)
- Arbeitsumverteilung (Referat Lic. iur. Yvonne Bollag, Basel)

1.2. Geschäftsausschuss

Der Geschäftsausschuss, bestehend aus der Präsidentin, der Vizepräsidentin und dem Vizepräsidenten, traf sich regelmässig zur Vorbereitung und detaillierten Planung der Kommissionsarbeiten mit dem Sekretariat.

1.3. Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe Politik erarbeitete ein Konzept für die Kommissionsaktivitäten im Bereich Frauen und Politik. Das Schwergewicht lag auf den Vorbereitungen für die Eidgenössischen Wahlen 1999 (siehe 4.2. und 5.1.).

Die Arbeitsgruppe Sozialpolitik befasste sich mit der Mutterschaftsversicherung und bereitete die Stellungnahme der Kommission zur 11. AHV-Revision und zur 1. BVG-Revision vor.

1.4. Mitglieder

Als neue Mitglieder wurden in die Eidg. Kommission für Frauenfragen gewählt:

- Anita Raaflaub, Zürich, Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein (als Nachfolgerin von Frau Regula Ernst-Schneebeli, Muri)
- Carmen Meyer-Sommer, Herrliberg, Bund Schweiz. Frauenorganisationen (als Nachfolgerin von Frau Rita Schiess Müller, Küsnacht)
- Annemarie Will-Kohler, Ursenbach, Schweiz. Landfrauenverband (als Nachfolgerin von Frau Dorothe Gläuser-Wyss, Mattwil)
- Auf Ende des Jahres trat die Vizepräsidentin, Dr. Silvia Grossenbacher, Basel, aus der Kommission aus.

2. Publikationen

2.1. Informationsmappe und Plakat «Frauen Macht Geschichte»

Aus Anlass des 150-Jahre-Jubiläums der Schweiz als Bundesstaat im Jahr 1998 hat die Eidg. Kommission für Frauenfragen eine umfangreiche Informationsmappe «Frauen Macht Geschichte» erarbeitet. Diese behandelt die Themenbereiche Frauenbewegung, Politik und Recht und zeigt die Geschichte der Frauen in der Schweiz und insbesondere den Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter auf. Die Mappe enthält ein farbiges Plakat im Format A1 mit den wichtigsten Daten zu den genannten Bereichen sowie 14 chronologische Kurzdarstellungen mit ergänzenden Informationen zu den Daten auf dem Plakat. Zum Zielpublikum dieser Mappe gehören vor allem Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Studierende, Medienleute, Politikerinnen und Politiker.

Die Mappe wurde an einer Pressekonferenz am 8. September der Medienöffentlichkeit vorgestellt. Sie ist in deutscher, französischer und italienischer Sprache erhältlich.

Eine Fortsetzung zum Thema Bildung wird für das kommende Jahr vorbereitet (siehe auch 5.2.).

2.2. Zeitschrift «Frauenfragen»

Thematisch befasste sich die Zeitschrift «Frauenfragen» mit den folgenden Schwerpunkten:

- Geschlechterquoten in der Politik
- Berufswahl und Berufsbildung von Frauen

«Frauenfragen» 1/98 ist dem Schwerpunktthema Geschlechterquoten in der Politik gewidmet. Das Heft enthält einen Überblick über die bisher erfolgten parlamentarischen Vorstösse zu Quoten und Zielvorgaben in den Kantonen, beim Bund und an den Universitäten, die Referate des kommissionsinternen Hearings über Quoten sowie einen weiteren Beitrag über Quoten, Demokratie und Föderalismus.

«Frauenfragen» 2/98 behandelt den Schwerpunkt Berufswahl und Berufsbildung von Frauen. Die Veränderungen in der Berufsbildung in den vergangenen Jahren werden ebenso aufgezeigt wie aktuelle Entwicklungen und Perspektiven. Thematisiert werden auch Geschlechterdifferenzen in Schule und Unterricht.

(Zum neuen Erscheinungsbild von «Frauenfragen» siehe 4.1.).

3. Vernehmlassungen

3.1. Stellungnahme zur 11. AHV-Revision

Die Kommission kann einer Festsetzung des Rentenalters für beide Geschlechter auf 65 Jahre aus sozial- und gleichstellungspolitischen Gründen nicht zustimmen. Sie setzt sich für eine Ruhestandsrente für beide Geschlechter ab 62 Jahren ein. Sie fordert, dass neben den finanzpolitischen Gesichtspunkten verstärkt auch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Überlegungen in die 11. AHV-Revision einfließen müssen. Die vorgesehene Revision spart aufgrund der Erhöhung des Rentenalters für Frauen und der Abschaffung der bisherigen Witwenrente einseitig auf Kosten der Frauen.

Falls der Antrag der Kommission für ein einheitliches Rentenalter von 62 Jahren nicht berücksichtigt wird, äussert sie sich grundsätzlich positiv zu den Flexibilisierungsvorschlägen des Altersrücktritts. Hinsichtlich der drei vorgeschlagenen Varianten für einen Rentenvorbezug ohne Rentenkürzung betrachtet sie Variante 1 als sinnvollstes Modell. Die Kommission beantragt jedoch Modifikationen, damit mehr Frauen bzw. Personen, die praktisch ununterbrochen erwerbstätig waren und niedrige Einkommen aufweisen, von diesem Modell verstärkt profitieren können.

Für die Neugestaltung der Hinterlassenenrente legt die Kommission konkrete Vorschläge vor, mit denen der Existenzbedarf der hinterlassenen – verheirateten, aber auch unverheirateten – Partner/innen durch Leistungen der AHV gesichert werden soll.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 1/99)

3.2. Stellungnahme zur 1. Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (1. BVG-Revision)

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat bereits 1988 Vorschläge für eine künftige BVG-Revision unter Gleichstellungsgesichtspunkten vorgelegt. Einige ihrer Empfehlungen wurden zwischenzeitlich umgesetzt, so insbesondere die Aufteilung der Ansprüche der

Zweiten Säule bei Auflösung der Ehe durch Scheidung. Die Kommission äussert sich kritisch zum Vorgehen des Bundesrates bei den nun vorliegenden Revisionsvorschlägen. Die seit Jahren immer wieder vorgebrachten Anliegen zum Abbau der indirekten Diskriminierungen von Frauen in der Zweiten Säule wurden nicht in den Entwurf aufgenommen. So werden die Massnahmen, welche zur Ausweitung des Vorsorgeschatzes für Versicherte mit kleinen Einkommen und Teilzeitbeschäftigung (in beiden Kategorien sind die Frauen überproportional vertreten) führen sollen, nur als Diskussionsvorschläge präsentiert. Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form diese wieder aufgegriffen werden, bleibt offen.

Ein solches Vorgehen wird von der Kommission abgelehnt. Sie beantragt, die Vorschläge zum Koordinationsabzug zu verbessern und ebenfalls in die Vernehmlassung zu schicken. Die Kommission setzt sich in erster Linie für die Abschaffung des Koordinationsabzugs ein. Wenn der Koordinationsabzug nicht abgeschafft wird, hält sie zumindest eine deutliche Senkung des Abzugs, verbunden mit einer Ausgestaltung proportional zum Beschäftigungsgrad, für unabdingbar.

Die vorgesehene Einführung der Witwenrente analog zu den Bedingungen der heutigen Witwenrente wird unterstützt. Beantragt wird jedoch eine zivilstands-unabhängige Ausgestaltung der Hinterlassenenrente.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 1/99)

3.3. Stellungnahme zur Teilrevision StGB und MStG betreffend die strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität (Verjährung bei Sexualdelikten an Kindern und Verbot des Besitzes harter Pornographie)

Die vorgeschlagene Teilrevision wird von der Kommission begrüsst. (Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder ist ein gravierendes Problem, das mit einer ganzen Palette von strafrechtlichen Regelungen und anderen Massnahmen bekämpft werden muss. Die Revision ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die EKF befürwortet die Einführung des neuen Artikels 201 StGB, wonach die Verjährungsfrist bei strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität von Kindern unter 16 Jahren erst mit dem Tag zu laufen beginnt, an dem das Opfer das 18. Lebensjahr vollendet hat. Sie unterstützt auch das Verbot des Besitzes harter Pornographie. Weitere strafrechtliche Möglichkeiten zur Gewaltbekämpfung sind ebenfalls zu prüfen.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 1/99)

3.4. Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative Frauenmindestquoten für Nationalratswahlen

Die EKF begrüsst es, dass die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die Notwendigkeit der Verankerung von Quoten im politischen Bereich anerkennt. Als ausserparlamentarische Expertinnen- und Expertenkommission des Bundes in Frauen- und Gleichstellungsfragen hat die Kommission mehrfach auf die Dringlichkeit von gezielten Massnahmen und auch von Quotenregelungen zugunsten des bisher untervertretenen Geschlechts aufmerksam gemacht. Mit der vorgeschlagenen Regelung einer Drittelsquote sind die Anliegen der Quoteninitiative hingegen keineswegs erfüllt. Listenquoten bei Nationalratswahlen sind kein ausreichendes Mittel, um eine gerechte Vertretung von Frauen und Männern zu erreichen. Dazu braucht es weitere Massnahmen. Zudem sollte eine hälftige Vertretung von Frauen auf den Wahllisten verankert werden. Unzureichend ist auch die vorgesehene Befristung auf die drei kommenden Wahlen des Nationalrats.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2/98)

3.5. Stellungnahme zum Entwurf für ein Bundespersonalgesetz

Die Kommission lehnt den Entwurf des Bundespersonalgesetzes (BPG) ab. Ob schon die Kommission eine Revision des geltenden Beamtengesetzes für sinnvoll hält, vermag der vorliegende Gesetzesentwurf nicht zu überzeugen. Die äusserst weitgehenden Delegationsnormen gehen erheblich über das geltende Recht hinaus und sind personalpolitisch mit nicht vertretbaren Risiken verbunden. Ein neues BPG muss zwingend folgende Gesichtspunkte berücksichtigen:

- Der Bund muss seiner Vorbildfunktion als attraktiver und sozialer Arbeitgeber gerecht werden.
- Zentrale Punkte müssen im Gesetz geregelt sein. Dazu gehören die Festlegung der Mindest- und Maximallöhne, die Regelung der maximalen Arbeitszeit, die Regelung der Teilzeitarbeit sowie die Leistungen bei Arbeitsverhinderungen u.a.m.
- Es müssen klare Vorgaben hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann formuliert werden.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2/98)

3.6. Stellungnahme zur Ausländerregelung 1998/99; Begrenzungsverordnung

Die vorgeschlagene Abkehr vom Dreikreise-Modell wird von der Kommission unterstützt. Die Einführung eines dualen Rekrutierungskonzepts ist ein Schritt in

die richtige Richtung, enthält es doch ein Zulassungsmodell für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten, welches sich nicht mehr an der Nationalität, sondern primär an der Qualifikation der Arbeitnehmenden orientiert. Aus frauen- und gleichstellungspolitischer Perspektive bedarf das angestrebte neue Konzept jedoch einer sehr sorgfältigen Prüfung. So ist unter anderem für Frauen der Zugang zu qualifizierten Tätigkeiten noch immer wesentlich schwieriger als für Männer. Diskriminierungsmechanismen in bezug auf Qualifikation und Leistung gibt es sowohl im In- wie im Ausland.

(Stellungnahme im Wortlaut in «Frauenfragen» 2/98)

3.7. Stellungnahme zum Konsumkreditgesetz

Der Entwurf für die Änderung des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1993 über den Konsumkredit wird in seinen Grundzügen befürwortet, da er einen besseren Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten anstrebt. Frauen sind nicht nur als Konsumentinnen, sondern vor allem auch als Familienangehörige von der Aufnahme von Krediten betroffen. Die EKF beantragt, dass in die Kreditfähigkeitsprüfung nicht nur das betriebsrechtliche Existenzminimum unter Beachtung des Mietzinses, der Steuern und der Verpflichtungen, die bei der Informationsstelle für Konsumkredit gemeldet sind, einbezogen werden, sondern dass dabei auch die effektiven Kinderkosten berücksichtigt werden.

(Stellungnahme beim Kommissionssekretariat erhältlich)

3.8. Stellungnahme zum Gesetz über die «Stiftung solidarische Schweiz»

Die EKF unterstützt die Idee einer Stiftung solidarische Schweiz, hält jedoch eine präzisere Formulierung des Stiftungszweckes und der Stiftungsaufgaben für erforderlich. Zu den zentralen Aufgaben der Stiftung müssen die Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung und die Förderung der Menschenrechte gehören. Dazu zählt insbesondere auch der Einsatz zugunsten der Rechte von Frauen und Mädchen. Bei der Vergabe von Stiftungsgeldern muss deshalb gewährleistet sein, dass frauen- und gleichstellungsrelevante Projekte gleichgewichtig berücksichtigt werden.

4. Abgeschlossene Projekte

4.1. Informationsmappe und Plakat «Frauen Macht Geschichte» siehe 2.1.

4.2. Überparteiliches Manifest «Mehr Frauen ins Parlament!»

Den Parteien kommt eine Schlüsselrolle bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik zu. Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, vertreten durch die Arbeitsgruppe Politik, lud deshalb die Gleichstellungsverantwortlichen der Parteien zu einer Aussprache ein. Zielsetzung des Treffens war es, die Situation der Frauen in den Parteien und die Möglichkeiten zur Unterstützung von Kandidatinnen bei den Eidg. Wahlen 1999 zu analysieren. Aufgrund dieser Aussprache wurde beschlossen, ein überparteiliches Manifest zu erarbeiten und die darin enthaltenen Forderungen mit den Parteispitzen zu diskutieren. Das Manifest wurde von der Eidg. Kommission für Frauenfragen entworfen, mit den Vertreterinnen von FDP, CVP, SVP, SPS, GPS und EVP an einer zweiten Sitzung diskutiert und anschliessend verabschiedet. Das Manifest enthält zwölf zentrale Forderungen, welche sich an die Parteispitzen richten. Es wurde am 25. Mai 1998 an einer Pressekonferenz von der EKF gemeinsam mit Vertreterinnen der Parteien vorgestellt.

Die EKF organisierte am 15. Juni 1998 einen parteiübergreifenden Runden Tisch zu den Eidgenössischen Wahlen, an dem die Parteispitzen und die Gleichstellungsbeauftragten der Parteien das Manifest diskutierten.

Die Aktivitäten der EKF mit den Parteien werden 1999 weitergeführt (siehe dazu 5.1.).

4.3. Hearing zum Thema Quoten

An einem internen Hearing befasste sich die Eidg. Kommission für Frauenfragen mit Geschlechterquoten in der Politik. Zielsetzung dieses Hearings war die Information der Kommissionsmitglieder über den gegenwärtigen Stand der Quotendiskussion. Aktueller Anlass waren die Behandlung der Volksinitiative «Für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)», der sogenannten Quoteninitiative, in der vorberatenden Nationalratskommission sowie das Bundesgerichtsurteil zur Solothurner Quoteninitiative. Dr. iur. Denise Buser und Dr. iur. Tomas Poledna referierten über die Verfassungsmässigkeit von Geschlechterquoten in der Politik, und der Politologe Dr. Werner Seitz setzte sich mit der wahltechnischen Umsetzbarkeit der Quoteninitiative auseinander. Anschliessend

fand mit den Referierenden eine Diskussion statt.

(Die Referate sind in «Frauenfragen» 1/98 publiziert, siehe 2.2.)

4.4. Tagung über Gender Mainstreaming

Die Kommission organisierte die Fachtagung «Gender Mainstreaming oder wie wird Gleichstellungspolitik zur Selbstverständlichkeit?» gemeinsam mit dem Eidg. Büro für die Gleichstellung in Bern. Der Begriff «Gender Mainstreaming» ist in der Schweiz noch wenig bekannt. Auf internationaler Ebene und in der Entwicklungszusammenarbeit gewinnt er jedoch zunehmend an Bedeutung. Gender Mainstreaming ist eine Kurzformel für jene politischen Prozesse und Entscheidungen, die nötig sind, um die Gleichstellung von Frau und Mann auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft durchzusetzen und zur Selbstverständlichkeit (mainstream) zu machen.

Es referierten: Prof. Dr. Barbara Schaefer-Hegel, Sozialwissenschaftlerin, Technische Universität Berlin und Vorstandsvorsitzende der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, über «Staat und Geschlecht. Mainstreaming als Instrument der Gleichstellungspolitik», Sabine Overkämping, Juristin bei der Einheit Chancengleichheit von Frau und Mann der Europäischen Union in Brüssel, über «Les développements récents dans la politique de l'égalité entre femmes et hommes dans l'Union européenne» und Gertrud Åström, Leiterin und Mitglied verschiedener Mainstreaming-Projekte in Schweden bzw. den skandinavischen Ländern, Stockholm, über «Mainstreaming in Sweden. Working for Equal Local Government». Zentrale Aspekte der Thematik wurden in verschiedenen Ateliers vertieft, zum Teil mit den Referentinnen, zum Teil unter der Leitung von folgenden Fachfrauen: Dr. phil. Regula Frey Nakonz, Leiterin der Koordinationsstelle Frauen und Entwicklung der Evang. Hilfswerke und Missionen der Schweiz, Zürich, Anne Zwahlen als Vertreterin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, mit Patricia Schulz, Direktorin des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, und Elisabeth Keller, Leiterin des Sekretariates der EKF.

(Die Tagungsreferate werden in «Frauenfragen» 1/99 publiziert.)

4.5. Neukonzeption der Zeitschrift «Frauenfragen»

Die Zeitschrift Frauenfragen wird von der Eidg. Kommission für Frauenfragen seit nunmehr zwanzig Jahren herausgegeben. Gegenwärtig wird Frauenfragen in einer Auflage von 5'500 Exemplaren (davon 5'200 Abonnemente) gedruckt.

Das Abonnement ist kostenlos. Während Umfang und Inhalt des Bulletins im Laufe der Jahre erweitert worden sind, hat sich am Erscheinungsbild, abgesehen von geringfügigen Anpassungen, seit 1978 nicht viel verändert. Titelblatt, grafische Aufmachung und Layout entsprachen aktuellen professionellen Ansprüchen nicht mehr. Mit der Neukonzeption der Text- und Umschlaggestaltung sowie der Neugestaltung des «F» als Logo der Eidg. Kommission für Frauenfragen wurde das Atelier Theo Leuthold & Associates, Zürich, beauftragt.

Ab 1999 erscheint «Frauenfragen» zweimal pro Jahr. Damit die Zeitschrift weiterhin kostenlos abgegeben werden kann und die aus Sicht der Eidg. Kommission für Frauenfragen notwendigen Neuerungen kostenneutral bleiben, wird auf die Herausgabe einer dritten Nummer künftig verzichtet. «Frauenfragen» bleibt eine Fachzeitschrift. Jede Nummer ist einem Schwerpunktthema gewidmet, in weiteren Rubriken werden die Stellungnahmen der EKF in Vernehmlassungsverfahren, Tagungsreferate, eine Übersicht über die gleichstellungsrelevanten Verhandlungen der Bundesversammlung, eine Chronik der laufenden Ereignisse sowie Passagen aus literarischen Texten veröffentlicht.

5. Laufende Projekte

5.1. Eidgenössische Wahlen 1999

Nach der Verabschiedung und Diskussion des überparteilichen Manifests «Mehr Frauen ins Parlament!» mit den Parteispitzen (siehe hierzu auch 4.1.) hat die Arbeitsgruppe Politik, gemeinsam mit den Vertreterinnen der Parteien, weitere Schritte zur Realisierung der Gleichstellung in der Politik diskutiert. Bereits geplant ist ein weiteres Treffen mit den Parteispitzen Anfang des Jahres 1999.

Da neben den Parteien den Medien ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Wirklichmachung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik zukommt, wurden Kontakte mit der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG aufgenommen. Eine Delegation der Kommission traf sich im Mai 1998 zu einer Aussprache mit Vertretern der SRG, namentlich auch mit Herrn Generaldirektor Armin Walpen. Die EKF unterbreitete der SRG ihre Empfehlungen zur Verbesserung der Medienpräsenz von Kandidatinnen und zur Gleichstellung von Frau und Mann in den Medien.

In einem Schreiben vom Juni wandte sich die Kommission mit der Bitte an den Bundespräsidenten, der Bundesrat möge für die eidgenössischen Wahlen im Jahr 1999 Massnahmen zur Verbesserung der Vertretung der Frauen im Parlament prü-

fen. Die Kommission regte insbesondere die Durchführung einer Informations- und Sensibilisierungskampagne des Bundes an. In der Folge setzte der Bundesrat eine interdepartementale Arbeitsgruppe Wahlen 1999 ein, in welcher die Möglichkeiten einer Kampagne geprüft werden. Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat Einsitz in dieser Arbeitsgruppe.

5.2. Publikation der Informationsmappe «Frauen Macht Geschichte»

Teil II: Bildung

Vorbereitet wird ein zweiter Teil der Informationsmappe zum Bereich Bildung. Als Unterthemen sind vorgesehen: Mädchenbildung, Berufsbildung, Frauen an den Hochschulen. Die Publikation ist für Juni 1999 geplant.

6. Verschiedenes

6.1. Kontakte

Anlässlich der zweitägigen November-Plenarsitzung in Basel-Stadt trafen die Mitglieder der Kommission mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen und kantonalen Politik, der kantonalen Kommission für Frauenfragen, des Gleichstellungsbüros, der Frauenorganisationen sowie Presseleuten zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch zusammen.

Die Kommissionspräsidentin informierte an einem Treffen der Parlamentarierinnen während der Herbstsession über die Schwerpunkte der Kommissionsarbeit. An den übrigen in jeder Parlamentssession stattfindenden Treffen der Parlamentarierinnen nahm zudem das Kommissionssekretariat teil.

Eidg. Kommission für Frauenfragen: Tätigkeitsschwerpunkte 1999

I. Tätigkeitsschwerpunkte

Schwerpunkt 1

Frauen und Politik/Eidgenössische Wahlen 1999

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen setzt ihre Arbeit im Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen vom Oktober 1999 fort. Angesprochen werden die Parteien, die Medien, die Frauenorganisationen sowie die breite Öffentlichkeit.

Auf der Grundlage des überparteilichen Manifests werden die Kontakte mit den Parteispitzen und den Gleichstellungsverantwortlichen der Parteien fortgesetzt.

Die Gespräche mit den Medien zur Verbesserung der Präsenz von Frauen in den Medien, insbesondere auch der Kandidatinnen für die National- und Ständeratswahlen, werden weitergeführt.

Die Eidg. Kommission für Frauenfragen arbeitet mit den Frauenorganisationen zusammen und unterstützt überparteiliche Bemühungen zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen.

Durch geeignete Aktivitäten sollen die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger gezielt angesprochen werden. Dadurch soll einerseits die aktive Wahlbeteiligung gefördert und andererseits auf die Untervertretung der Frauen im Parlament aufmerksam gemacht werden.

Schwerpunkt 2

Publikation der Informationsmappe

«Frauen Macht Geschichte»,

Teil II: Bildung

Teil II von «Frauen Macht Geschichte» wird unter dem Haupttitel «Bildung» drei Themen behandeln: Mädchenbildung und Koedukation; Frauen an Hochschulen und in der Wissenschaft; Berufsbildung von Frauen.

Schwerpunkt 3

Erarbeitung und Publikation von Vernehmlassungsstellungen

Zu gleichstellungsrelevanten Gesetzesentwürfen und -vorhaben werden Stellungnahmen erarbeitet. Bereits angekündigt sind folgende Vernehmlassungen:

- Bundesgesetz über gentechnische Untersuchungen beim Menschen
- Berufsbildungsgesetz
- Totalrevision Asylgesetz
- Totalrevision Gesetz für Ausländerinnen und Ausländer.

Weitere Stellungnahmen wird die Kommission zum ersten Bericht der Schweiz zur UNO-Kinderkonvention und zum Aktionsplan der Schweiz zur Gleichstellung von Frau und Mann (Folgearbeiten der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995) abgeben.

Schwerpunkt 4

Publikation der Zeitschrift «Frauenfragen»

Es sollen zwei Nummern der Zeitschrift «Frauenfragen» zu aktuellen Themen erscheinen. Der Schwerpunkt von «Frauenfragen» 1/99 ist «Gender Mainstreaming». Das Thema von «Frauenfragen» 2/99 wird im Frühjahr bestimmt.

Schwerpunkt 5

Durchführung einer Tagung

Das Thema der Tagung wird im Frühjahr festgelegt.

II. Weitere Themen

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen befasst sich auf verschiedenen Ebenen laufend mit allen frauen- und gleichstellungsrelevanten Themen. Dazu gehören neben den bereits genannten Schwerpunktthemen u.a. auch die Entwicklung und Perspektiven der Frauen- und Gleichstellungspolitik, «Gender Mainstreaming» als politisches Konzept zur Verwirklichung der Gleichstellung, Gewalt gegen Frauen, junge (Frauen) und Gesundheit, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Vereinbarkeit Beruf und Familie, familienexterne Kinderbetreuung, Steuern sowie der erste Bericht der Schweiz zur UNO-Frauenkonvention.

Commission fédérale pour les questions féminines: Rapport d'activité 1998

1. Remarques d'ordre général

1.1 Séances plénières

La Commission s'est réunie à quatre reprises (les 10 février, 5 juin, 19 et 20 novembre) pour discuter principalement des questions suivantes:

- Les femmes et la politique: la parité homme/femme en politique, mesures visant à augmenter la proportion de femmes aux élections fédérales de 1999
- La 11^e révision de l'AVS et la 1^{ère} révision de la LPP
- Choix et formation professionnels (exposé de Mme Silvia Grossenbacher, docteure en philosophie)
- Les enfants, le temps et l'argent (exposé de M. Tobias Bauer, bureau BASS, Berne)
- La redistribution du travail (exposé de Mme Yvonne Bollag, licenciée en droit, Bâle).

1.2 Bureau

Le bureau, composé de la présidente, de la vice-présidente et du vice-président, s'est réuni à intervalles réguliers pour préparer et planifier les travaux de la Commission avec le secrétariat.

1.3 Groupes de travail

Le groupe de travail Politique a mis au point un programme d'activités pour la Commission dans le domaine «des femmes et la politique». Il a mis l'accent, ce faisant, sur la préparation des élections fédérales de 1999 (voir sous 4.2 et 5.1).

Le groupe de travail Politique sociale s'est penché sur l'assurance maternité et a préparé la prise de position de la Commission sur la 11^e révision de l'AVS et sur la 1^{ère} révision de la LPP.

1.4 Membres

Ont pris place dans la Commission fédérale pour les questions féminines les personnes suivantes:

- Anita Raaflaub, Zurich, Société d'utilité publique des femmes suisses (succédant à Regula Ernst-Schneebeli, Muri)
- Carmen Meyer-Sommer, Herrliberg, Alliance de sociétés féminines suisses (succédant à Rita Schiess Müller, Küssnacht)
- Annemarie Will-Kohler, Ursenbach, Union des paysannes suisses (succédant à Dorothe Glauser-Wyss, Mattwil)
- Silvia Grossenbacher, Bâle, vice-présidente de la Commission, s'est retirée à la fin de l'année.

2. Publications

2.1 Dossier d'information et poster «Femmes Pouvoir Histoire»

En 1998, à l'occasion du 150^e anniversaire de l'Etat fédéral suisse, la Commission fédérale pour les questions féminines a constitué un volumineux dossier d'information intitulé «Femmes Pouvoir Histoire». Ce dossier traite des mouvements féministes, de la politique et du droit et retrace l'histoire des femmes en Suisse, en mettant l'accent sur leur lutte pour obtenir l'égalité avec les hommes. Le dossier contient un poster en couleurs au format A1 représentant les principales données sur les sujets mentionnés ainsi que 14 résumés chronologiques offrant des informations destinées à compléter les données figurant sur le poster. Le dossier d'information est destiné en priorité au corps enseignant, aux élèves, aux étudiant-e-s, aux médias et au monde politique.

Le dossier a été présenté au public à l'occasion d'une conférence de presse le 8 septembre. Il est disponible en français, en allemand et en italien.

Une suite – le chapitre Education et formation – paraîtra en 1999 (voir sous 5.2).

2.2 Bulletin «Questions au féminin»

En 1998, le bulletin «Questions au féminin» a abordé principalement les thèmes suivants:

- Les quotas en politique
- Le choix d'une profession et la formation professionnelle des femmes

Le numéro 1/98 de «Questions au féminin» est consacré aux femmes et aux quotas en politique. Il donne un aperçu des interventions parlementaires qui ont été déposées jusqu'ici sur la question et sur les objectifs visés dans les cantons, à la Confédération et dans les universités et contient un article sur les quotas, la démocratie et le fédéralisme.

Le numéro 2/98 de «Questions au féminin» traite du choix d'une profession et de la formation professionnelle des femmes. Il signale les changements intervenus ces dernières années dans le domaine de la formation professionnelle aussi bien que les évolutions en cours et les perspectives à venir. Il se penche également sur les différences faites entre les sexes à l'école et dans l'enseignement.

(Pour ce qui est de la nouvelle mise en page de «Questions au féminin», voir sous 4.1)

3. Procédures de consultation

3.1 Prise de position sur la 11^e révision de l'AVS

La Commission ne peut approuver que l'âge de la retraite soit fixé à 65 ans pour les deux sexes, pour des raisons de politique sociale et d'égalité. Elle s'engage au contraire pour que l'âge de la retraite soit laissé à 62 ans pour les femmes et abaissé à 62 ans pour les hommes. Elle demande que les réflexions concernant le marché du travail et la politique sociale soit prises en compte dans la révision de l'AVS, parallèlement aux considérations de politique financière. En relevant l'âge de la retraite des femmes et en supprimant la rente de veuve, la révision prévue ne fait qu'économiser sur le dos des femmes.

Dans le cas où la proposition de la Commission en faveur d'un âge unique de la retraite pour tous ne serait pas retenue, elle se dit favorable au principe d'un assouplissement des départs à la retraite. Parmi les trois variantes proposées de retraite anticipée sans réduction de la pension, elle estime que c'est la première qui est la plus judicieuse. La Commission demande toutefois quelques modifications visant à permettre à un nombre plus grand de femmes – ou d'hommes – ayant travaillé pratiquement sans interruption et perçu un salaire modeste de mieux profiter de ce modèle.

La Commission fait des propositions concrètes pour la conception de la rente de survivant, destinées à assurer au partenaire survivant – marié ou non – des moyens de subsistance suffisants par des prestations de l'AVS.

(Texte de la prise de position dans le numéro 1/99 de «Questions au féminin»)

3.2 Prise de position sur la première révision de la loi fédérale sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (1^{ère} révision de la LPP)

La Commission fédérale pour les questions féminines avait déjà présenté en 1988 des propositions pour la future révision de la LPP vue sous l'angle de l'égalité des sexes. Quelques-unes des recommandations qu'elle avait faites ont été concrétisées dans l'intervalle, comme la répartition des droits à des prestations du 2^e pilier en cas de divorce. La Commission se montre critique envers la manière de procéder du Conseil fédéral dans les pro-

positions actuelles de révision. Le projet n'a pas retenu la revendication sans cesse réitérée, depuis des années, d'une abolition des discriminations dont souffrent indirectement les femmes dans le cadre du 2^e pilier. Ainsi, les mesures visant à élargir la couverture de prévoyance des assurés aux revenus modestes et des assurés à temps partiel (les femmes sont sur-représentées dans les deux catégories) ne sont mentionnées qu'au titre de propositions à discuter. Nul ne sait quand et sous quelle forme elles seront abordées.

La Commission n'a agréé pas cette façon de procéder. Elle demande par conséquent que les propositions concernant la déduction de coordination soient améliorées et soumises elles aussi à la consultation. Elle s'engage en priorité dans le but de supprimer cette déduction. Si tel n'était pas le cas, il faudrait au moins en réduire significativement le montant, en l'associant à une conception proportionnelle au degré d'occupation.

Elle soutient l'introduction de la rente de veuf aux conditions de l'actuelle rente de veuve, mais demande que la rente soit conçue indépendamment de l'état civil.

(Texte de la prise de position dans le numéro 1/99 de «Questions au féminin»)

3.3 Prise de position sur la révision partielle du CP et du CPM concernant les infractions contre l'intégrité sexuelle (prescription des abus sexuels commis sur des enfants et interdiction de la possession de pornographie dure)

La Commission salue la révision partielle proposée. La violence (sexuelle) exercée à l'encontre des femmes et des enfants est un problème grave contre lequel il faut lutter par tout un éventail de dispositions pénales et de mesures complémentaires. La révision est une étape dans la bonne direction. La Commission approuve l'introduction, du nouvel article 201 CPS, qui prévoit que le délai de prescription appliqué aux infractions contre l'intégrité sexuelle des enfants ne commence à courir que le jour où la victime atteint l'âge de 18 ans révolus. Elle soutient également l'interdiction de la possession de pornographie dure. Elle estime qu'il faut également se pencher sur d'autres moyens pénaux de lutter contre la violence.

(Texte de la prise de position dans le numéro 1/99 de «Questions au féminin»)

3.4 Prise de position sur l'initiative parlementaire: Listes des candidats à l'élection au Conseil national. Quotas d'hommes et de femmes

La Commission salue la position de la Commission des institutions politiques

du Conseil national qui reconnaît la nécessité d'ancrer les quotas dans le domaine politique. En tant que commission d'expert-e-s extraparlamentaires de la Confédération, elle a déjà signalé à maintes reprises l'urgence de mesures ciblées et de quotas en faveur de la représentation du sexe sous-représenté jusqu'ici. La réglementation proposée – un tiers de femmes – ne satisfait nullement les auteurs de l'initiative. Introduire des quotas de listes au Conseil national ne représente pas un moyen suffisant pour atteindre le but d'une représentation équitable des femmes et des hommes. Cet objectif réclame d'autres mesures. Il faut en outre ancrer une représentation de 50 pour cent de femmes sur les listes électorales. La limitation prévue aux trois prochaines élections au Conseil national n'est pas satisfaisante non plus.

(Texte de la prise de position dans le numéro 2/98 de «Questions au féminin»)

3.5 Prise de position sur le projet de loi fédérale sur le personnel de la Confédération (LPers)

La Commission rejette le projet de loi fédérale sur le personnel de la Confédération (LPers). Bien qu'elle estime nécessaire de réviser la loi actuellement en vigueur sur la fonction publique, elle trouve le projet de loi proposé peu convaincant. Les normes de délégation extrêmement étendues qu'il contient vont bien au-delà du droit en vigueur et comportent des risques inacceptables du point de vue de la politique du personnel. La nouvelle LPers doit obligatoirement considérer les points suivants:

- La Confédération doit conserver son rôle de modèle et rester un employeur social et attrayant.
- La loi doit régler des points centraux: fixation de salaires minimal et maximal, réglementation du temps de travail, réglementation du travail à temps partiel et prestations versées en cas d'incapacité de travail, etc.
- Il faut formuler des consignes claires en matière d'égalité de traitement des femmes et des hommes.

(Texte de la prise de position dans le numéro 2/98 de «Questions au féminin»)

3.6 Prise de position sur la réglementation relative aux étrangers; ordonnance limitant le nombre des étrangers (OLE)

La Commission soutient la suppression du modèle des trois cercles. L'introduction d'un modèle binaire de recrutement est un pas dans la bonne direction, puisqu'il contient un système d'admission de la main-d'oeuvre étrangère en provenance de pays extérieurs à l'UE qui ne s'en tient plus en priorité à la nationalité, mais aux qualifications des candidat-e-s.

Vu dans la perspective de la politique des femmes et de l'égalité, le système visé mérite toutefois un examen sérieux. L'accès aux activités qualifiées reste considérablement plus difficile pour les femmes que pour les hommes. Il existe des mécanismes de discrimination relatifs aux qualifications et aux prestations aussi bien en Suisse qu'à l'étranger.

(Texte de la prise de position dans le numéro 2/98 de «Questions au féminin»)

3.7 Prise de position sur la loi sur le crédit à la consommation

La Commission approuve les grands traits du projet de modification de la loi fédérale du 8 octobre 1993 sur le crédit à la consommation, car il vise une meilleure protection des consommatrices et des consommateurs. Les crédits intéressent les femmes à deux titres, parce qu'elles sont non seulement des consommatrices, mais aussi des membres d'une famille. La Commission demande que l'examen de la capacité de souscrire un crédit ne tienne pas seulement compte du minimum existentiel prévu par la législation sur les poursuites, compte tenu du loyer, des impôts et des obligations, communiqués au service d'information sur le crédit à la consommation, mais aussi le coût effectif des enfants.

(Texte de la prise de position disponible auprès du secrétariat)

3.8 Prise de position sur la loi sur la Fondation Suisse solidaire

La Commission soutient l'idée d'une Fondation Suisse solidaire mais juge nécessaire que son but et ses dépenses soient formulés avec plus de précision. La fondation doit avoir pour tâches centrales de lutter contre toute forme de discrimination et de promouvoir les droits humains. Elle doit notamment s'engager en faveur des droits des femmes et des petites filles. Il faut donc assurer, lors de l'octroi de moyens financiers par la fondation, que les projets en faveur des femmes et de l'égalité reçoivent le même poids que les autres.

4. Projets terminés

4.1 Dossier d'information et poster «Femmes Pouvoir Histoire» voir sous 2.1

4.2 Manifeste interpartis «Davantage de femmes au Parlement!»

Les partis ont un rôle clef à jouer dans l'égalité des hommes et des femmes en politique. La Commission fédérale pour les questions féminines, représentée par le groupe de travail Politique, a par conséquent invité les responsables de l'égalité au sein des partis à prendre part à une discussion. L'objectif était d'analyser la si-

tuation des femmes dans les partis et les possibilités de soutenir les candidates lors des élections fédérales de 1999. Au terme de la discussion, il a été décidé qu'un manifeste interpartis serait rédigé et que les revendications qu'il contiendrait seraient discutées avec les responsables des partis. Le projet de manifeste a été rédigé par la Commission fédérale pour les questions féminines, puis discuté et adopté lors d'une séance avec des représentantes du PRD, du PDC, de l'UDC, du PS, du parti écologiste suisse et du PEV. Le manifeste contient douze revendications centrales destinées aux responsables des partis. Il a été présenté au public le 25 mai 1998 lors d'une conférence de presse organisée par la Commission et les représentantes des partis.

La Commission a organisé le 15 juin 1998 une table ronde interpartis sur les élections fédérales, au cours de laquelle les responsables et les déléguées à l'égalité des partis ont discuté du manifeste.

Les activités de la Commission et des partis se poursuivront en 1999 (voir sous 5.1).

4.3 Hearing sur les quotas

Lors d'un hearing interne, la Commission fédérale pour les questions féminines s'est penchée sur la question des quotas en politique. L'objectif de cette réunion était d'informer les membres de la Commission sur le stade actuel de la discussion. Elle a été déclenchée par les débats sur l'initiative populaire «Pour une représentation équitable des femmes dans les autorités fédérales» (Initiative du 3 mars), dite initiative des quotas, dans la commission consultative du Conseil national ainsi que par l'arrêt du Tribunal fédéral sur l'initiative soleuroise des quotas. Denise Buser et Tomas Poledna, tous deux docteurs en droit, ont prononcé un exposé sur la constitutionnalité des quotas en politique, et le politologue Dr Werner Seitz a abordé la question de l'applicabilité de l'initiative des quotas sous l'angle de la technique électorale. Au terme de ces exposés, une discussion a eu lieu entre conférenciers et participants.

(Texte des exposés dans le numéro 1/98 de «Questions au féminin», voir 2.2)

4.4 Réunion sur le «Gender mainstreaming»

La Commission a organisé une réunion sur le thème «Gender mainstreaming ou comment faire de la politique de l'égalité une évidence?», en collaboration avec le Bureau de l'égalité. La notion de «gender mainstreaming» est encore peu connue en Suisse. Elle est de plus en plus répandue à l'échelle internationale et dans la coopération au développement. Le «gender mainstreaming» est une for-

mule brève désignant les processus et décisions politiques nécessaires pour imposer l'égalité des femmes et des hommes à tous les niveaux de l'Etat et de la société et en faire une évidence (mainstream).

Ont pris la parole lors de cette réunion: Mme Barbara Schaeffer-Hegel, docteure en philosophie, professeure en sciences sociales à l'Université technique de Berlin et présidente du comité de l'Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (académie européenne pour les femmes dans les mondes politique et économique), à Berlin, sur le thème «Staat und Geschlecht. Mainstreaming als Instrument der Gleichstellungspolitik»; Mme Sabine Overkämping, juriste à l'Unité égalité des chances entre hommes et femmes de la Commission européenne à Bruxelles, sur le thème «Les développements récents dans la politique de l'égalité entre femmes et hommes dans l'Union européenne»; et Gertrud Aström, responsable et membre de plusieurs projets de mainstreaming en Suède et dans les pays scandinaves, à Stockholm, sur le thème «Mainstreaming in Sweden. Working for Equal Local Government». Les principaux aspects de la thématique ont été approfondis dans des ateliers, parfois avec les conférencières, parfois sous la conduite des spécialistes suivantes: Mme Regula Frey Nakonz, docteure en philosophie, responsable du bureau de coordination Femmes et développement de l'Entraide protestante suisse (EPER), Zurich; Mme Anne Zwahlen, représentante de la Direction pour le développement et la coopération; Mme Patricia Schulz, directrice du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes, et Mme Elisabeth Keller, responsable du secrétariat de la Commission fédérale pour les questions féminines.

(Textes des exposés dans le numéro 1/99 de «Questions au féminin»)

4.5 Nouvelle conception de «Questions au féminin»

Le bulletin «Questions au féminin» est édité par la Commission fédérale pour les questions féminines depuis maintenant 20 ans. Il a atteint aujourd'hui un tirage de 5500 exemplaires (dont 5200 abonnements). L'abonnement est gratuit. Si le volume et le contenu du bulletin n'ont cessé d'augmenter au fil des années, sa mise en page n'a guère changé depuis 1978, abstraction faite de quelques modifications minimales. Les pages de couverture, le graphisme et la mise en page ne satisfont plus aux exigences actuelles des professionnel·les. L'atelier Theo Leuthold & Associates, de Zurich, a été chargé de concevoir à neuf la présentation des textes et les pages de couverture ainsi que le «F» qui sert de logo à la Commission

fédérale pour les questions féminines.

A partir de 1999, «Questions au féminin» paraîtra deux fois par an. Pour que le bulletin puisse être distribué gratuitement, comme par le passé, et que les nouveautés jugées nécessaires par la Commission fédérale pour les questions féminines n'entraînent pas de surcoût, le numéro 3 a été abandonné. «Questions au féminin» reste une revue spécialisée. Chaque numéro est consacré à un thème particulier, les autres rubriques abordent les prises de position de la Commission fédérale pour les questions féminines dans les procédures de consultation, les exposés, une vue d'ensemble des débats de l'Assemblée fédérale touchant à l'égalité, une chronique de l'actualité et des passages de textes littéraires.

5. Projets en cours

5.1 Elections fédérales de 1999

Après l'adoption du manifeste interpartis «Davantage de femmes au Parlement!» et sa discussion avec les responsables des partis (voir sous 4.1), le groupe de travail Politique a discuté avec les représentantes des partis des étapes à suivre dans la réalisation de l'égalité des sexes en politique. Une nouvelle rencontre est d'ores et déjà prévue avec les responsables des partis au début de 1999.

Les médias jouant un rôle clef, parallèlement aux partis, dans la mise en oeuvre de l'égalité des femmes et des hommes en politique, la Commission fédérale pour les questions féminines a pris contact avec la Société suisse de radiodiffusion et télévision (SSR). Une délégation de la Commission a rencontré au mois de mai 1998 des représentants de la SSR, dont Armin Walpen, son directeur général. La Commission a soumis à la SSR ses recommandations visant à améliorer la présence des candidates et à promouvoir l'égalité des femmes et des hommes dans les médias.

Dans une lettre adressée au mois de juin au Président de la Confédération, la Commission a prié le Conseil fédéral d'envisager des mesures destinées à améliorer la représentation des femmes au Parlement en 1999, année d'élections fédérales. La Commission a notamment demandé que la Confédération lance une campagne d'information et de sensibilisation. Par la suite, le Conseil fédéral a créé un groupe de travail interdépartemental «élections de 1999» chargé d'examiner la possibilité d'organiser une telle campagne. La Commission est représentée dans ce groupe de travail.

5.2 Publication de la 2^e partie, «Formation», du dossier «Femmes Pouvoir Histoire»

La deuxième partie du dossier d'information est en cours de préparation. Elle sera consacrée à l'éducation et la formation et abordera les thèmes suivants: l'éducation des filles, la formation professionnelle, les femmes à l'Université. Sa publication est prévue pour le mois de juin 1999.

6. Divers

6.1 Contacts

Lors de la séance plénière de deux jours qui s'est tenue au mois de novembre dans le canton de Bâle-Ville, les membres de la Commission ont rencontré des représentants et des représentantes des milieux politiques locaux et cantonaux, de la Commission cantonale pour les questions féminines, du Bureau de l'égalité, des organisations féminines ainsi que des médias, pour un échange d'informations et d'expériences.

La présidente de la Commission a profité d'une réunion pendant la session d'automne pour informer les femmes parlementaires sur l'essentiel des activités de la Commission. Le secrétariat de la Commission a participé à la traditionnelle rencontre des femmes parlementaires, qui a lieu lors de chaque session.

Traduction: Stéphane Rigault

Commission fédérale pour les questions féminines: Priorités pour 1999

I. Principaux pôles d'activité

Pôle 1

Les femmes et la politique – Elections fédérales de 1999

La Commission fédérale pour les questions féminines poursuit le travail qu'elle a entamé en vue des élections au Conseil national et au Conseil des Etats d'octobre 1999. Elle s'adresse aux partis, aux médias, aux organisations féminines ainsi qu'au grand public.

Partant du manifeste interpartis, elle entretient des contacts avec les responsables de partis et les responsables de l'égalité au sein des partis.

Elle poursuit également ses discussions avec les médias en vue d'améliorer la présence des femmes dans les médias, et notamment celle des candidates au Conseil national et au Conseil des Etats.

La Commission fédérale pour les questions féminines collabore avec les organisations féminines et soutient les efforts multipartites visant à promouvoir la participation politique des femmes.

Il faut s'adresser aux électeurs et aux électrices par des activités appropriées, dans le but d'encourager leur participation active aux élections et de les rendre attentifs à la sous-représentation des femmes au Parlement.

Pôle 2

Publication du dossier d'information «Femmes Pouvoir Histoire», II^e partie: Formation

La deuxième partie de «Femmes Pouvoir Histoire» aborde trois thèmes sous le titre «Education et formation»: Education des filles et mixité, les femmes à l'université, la formation professionnelle des femmes.

Pôle 3

Mise au point et publication de prises de position

La Commission fédérale pour les questions féminines rédige des prises de position sur les projets de loi qui présentent un intérêt pour l'égalité des sexes. Des consultations sont déjà annoncées dans les domaines suivants:

- Loi fédérale sur l'analyse génétique humaine
- Loi sur la formation professionnelle
- Révision totale de la loi sur l'asile
- Révision totale de la loi sur les étrangers.

La Commission prendra également position sur le premier rapport de la Suisse consacré à la Convention de l'ONU sur les droits de l'enfant et sur le plan d'action de la Suisse pour l'égalité entre femmes et hommes (suivi de la 4^e Conférence mondiale des femmes, qui s'était déroulée à Pékin en 1995).

Pôle 4

Publication de la revue «Questions au féminin»

Deux numéros de la revue «Questions au féminin» seront consacrés à des thèmes d'actualité. Le numéro 1/99 abordera le «gender mainstreaming». Le thème central du numéro 2/99 sera choisi au printemps.

Pôle 5

Organisation d'une journée d'étude

Le thème de la réunion sera arrêté au printemps.

II. Autres thèmes

La Commission fédérale pour les questions féminines traite en permanence de tous les sujets intéressant les femmes et l'égalité des sexes, et ce à tous les niveaux. Outre les thèmes mentionnés plus haut, elle se penche également sur l'évolution et les perspectives de la politique des femmes et de l'égalité, le «gender mainstreaming» en tant que concept politique permettant de réaliser l'égalité, la violence à l'encontre des femmes, les jeunes (femmes) et la santé, le marché du travail et la politique de l'emploi, la conciliation de la vie professionnelle avec la vie familiale, la prise en charge des enfants à l'extérieur, les impôts ainsi que le premier rapport de la Suisse consacré à la Convention de l'ONU sur les droits de l'enfant.

Traduction: Stéphane Rigault

Commissione federale per i problemi della donna: Rapporto d'attività 1998

1. Informazioni generali

1.1. Sedute plenarie

Durate le quattro giornate di riunione (10 febbraio, 5 giugno, 19/20 novembre) la Commissione ha approfondito in particolare i seguenti temi:

- donne e politica: quote per ciascun sesso in politica, misure per aumentare la presenza femminile in occasione delle elezioni federali 1999
- XI revisione dell'AVS e I revisione della LPP
- scelta della professione e formazione professionale (relazione della dott. Silvia Grossenbacher)
- prole, tempo e denaro (relazione di Tobias Bauer, Studio di ricerche BASS, Berna)
- redistribuzione del lavoro (relazione della lic. iur. Yvonne Bollag, Basilea)

1.2. Ufficio presidenziale

L'ufficio presidenziale - composto dalla presidente, dalla vicepresidente e dal vicepresidente - si è incontrato regolarmente con il segretariato per preparare e pianificare i particolari dei lavori commissionari.

1.3. Gruppi di lavoro

Il gruppo di lavoro «politica» ha elaborato per la Commissione un piano di attività relativo al settore donne e politica. Tema prioritario: i preparativi in vista delle elezioni federali 1999 (v. anche 4.2. e 5.1.).

Il gruppo di lavoro «politica sociale» si è occupato dell'assicurazione maternità e ha preparato la presa di posizione della Commissione relativa all'XI revisione dell'AVS e alla I revisione della LPP.

1.4. Membre

Sono state elette quali nuove membre della Commissione federale per i problemi della donna:

- Anita Raaflaub, Zurigo, Società di utilità pubblica delle donne svizzere (succede a Regula Ernst-Schneebeli, Muri)
- Carmen Meyer-Sommer, Herrliberg, Alleanza delle società femminili svizzere (succede a Rita Schiess Müller, Küsnacht)
- Annemarie Will-Kohler, Ursenbach, Federazione delle donne dei ceti rurali (succede a Dorothe Gläuser-Wyss, Mattwil)
- A fine anno si è dimessa anche la vicepresidente della Commissione, dott. Silvia Grossenbacher, Basilea.

2. Pubblicazioni

2.1. Cartella informativa e poster «Donne Potere Storia»

Per sottolineare la ricorrenza del 150° di fondazione della Confederazione, nel 1998 la Commissione federale per i problemi della donna ha elaborato una luminosa cartella informativa, alla quale ha dato il titolo «Donne Potere Storia». Tre le tematiche approfondite: movimento femminista, politica, e diritto. I testi ripercorrono la storia delle donne in Svizzera, soffermandosi in particolare sulla lotta per la parità tra i sessi. La cartella contiene un poster a colori in formato A1, recante le principali date che hanno segnato i tre settori menzionati, e 14 descrizioni cronologiche succinte, con informazioni complementari relative ai fatti riportati sul poster. Questa cartella è destinata soprattutto a docenti, allieve/i, studenti, giornaliste/i, donne e uomini in politica.

La cartella è stata presentata ai media e al pubblico in occasione della conferenza stampa dell'8 settembre. Essa è ottenibile nelle versioni tedesca, francese e italiana.

Per l'anno prossimo è in preparazione un ulteriore capitolo, dedicato al tema della formazione (v. anche 5.2.).

2.2. Periodico «Problemi al femminile»

Il periodico «Problemi al femminile» si è occupato in particolare dei temi seguenti:

- quote per ogni sesso in politica
- scelta della professione e formazione professionale delle donne

«Problemi al femminile» 1/98 trattava essenzialmente la questione delle quote in politica. Il quaderno presentava una panoramica degli atti parlamentari inerenti alle quote come pure degli obiettivi formulati a livello cantonale, federale e in seno alle università; le relazioni tenute in occasione delle audizioni interne organizzate dalla Commissione sul tema delle quote; un'ulteriore contributo sulle quote, la democrazia e il federalismo.

«Problemi al femminile» 2/98 aveva per tema la scelta della professione e la formazione professionale delle donne, e mostrava i cambiamenti sopraggiunti negli ultimi anni nel campo della formazione professionale, come pure le tendenze evolutive e le prospettive. Approfondiva inoltre l'argomento delle diffe-

renze tra i sessi nella scuola e nell'insegnamento.

(In merito alla nuova veste grafica di «Problemi al femminile» v. 4.1.).

3. Consultazioni

3.1. Presa di posizione sulla XI revisione dell'AVS

Considerazioni di carattere sociale e relative alla politica della parità hanno indotto la Commissione a disapprovare l'intenzione di fissare a 65 anni l'età di pensionamento per entrambi i sessi. Essa caldeggia invece una rendita di vecchiaia per entrambi i sessi a partire dai 62 anni. Chiede quindi che, oltre agli aspetti di carattere finanziario, la XI revisione dell'AVS consideri anche aspetti relativi al mercato del lavoro e alla politica sociale. L'innalzamento dell'età pensionabile per le donne e l'abolizione della rendita per vedove finora concessa comportano infatti un risparmio che la prevista revisione addossa unicamente alle donne.

Se la richiesta di un'età di pensionamento uniforme di 62 anni avanzata dalla Commissione non venisse accolta, la Commissione propenderebbe allora per un pensionamento flessibile. Riguardo alle tre varianti proposte per la rendita anticipata senza riduzioni, essa ritiene che la variante 1 si quella da preferirsi. La Commissione chiede tuttavia delle modifiche affinché più donne, rispettivamente più persone con bassi redditi che hanno svolto in modo praticamente ininterrotto un'attività lucrativa, possano beneficiare maggiormente di questo modello.

Riguardo alla ridefinizione della rendita per superstiti, la Commissione presenta delle proposte concrete, che dovrebbero consentire di coprire mediante prestazioni dell'AVS il fabbisogno esistenziale delle compagne e dei compagni di vita superstiti (coniugati e no).

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 1/99)

3.2. Presa di posizione sulla I revisione della legge federale sulla previdenza professionale per la vecchiaia, i superstiti e l'invalidità (I revisione LPP)

La Commissione federale per i problemi della donna aveva già presentato nel 1988 delle proposte per una futura revisione della LPP che considerasse anche le esigenze dettate dalla parità dei sessi. Nel frattempo alcune sue raccomandazioni

sono state realizzate, in particolare la suddivisione delle aspettative del secondo pilastro in caso di scioglimento dell'unione coniugale a seguito di un divorzio. La Commissione esprime un giudizio critico sul modo di procedere del Consiglio federale riguardo alle proposte di revisione che sono oggetto dell'attuale consultazione. Il disegno di legge non considera affatto le richieste che da anni vengono avanzate per ridurre le discriminazioni indirette delle donne nell'ambito del secondo pilastro. Le misure che dovrebbero contribuire a ampliare la tutela previdenziale per le assicurate e gli assicurati con bassi redditi e con un'occupazione a tempo parziale (in entrambe le categorie le donne sono rappresentate più che proporzionalmente) vengono infatti avanzate solo come proposte che potrebbero fungere da stimolo per il dibattito, tralasciando tuttavia di specificare in che momento e in che forma saranno effettivamente prese in considerazione.

La Commissione non accetta un simile modo di procedere. Chiede invece che si perfezionino le proposte relative alla deduzione di coordinamento e che si pongano in consultazione. La Commissione sollecita in particolare l'abolizione della deduzione di coordinamento. Se tale deduzione rimanesse in vigore, ritiene indispensabile che se ne riduca almeno sensibilmente l'ammontare e che si prevedano modalità d'applicazione proporzionali al grado di occupazione.

La Commissione approva la prevista introduzione della rendita per vedovi a condizioni analoghe a quelle dell'odierna rendita per vedove. Chiede tuttavia che la rendita per superstiti non sia legata allo stato civile.

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 1/99)

3.3. Presa di posizione sulla revisione parziale del Codice penale e del Codice penale militare relativa agli atti punibili contro l'integrità sessuale (prescrizione nel caso di delitti sessuali commessi contro i minori e divieto di possedere prodotti della pornografia dura)

La proposta di revisione parziale raccoglie il consenso della Commissione federale per i problemi della donna. La violenza (sessuale) contro le donne e i minori costituisce un problema grave, che deve essere combattuto con un ventaglio di norme penali e altre misure. La revisione rappresenta un passo nella giusta direzione. La Commissione approva l'introduzione del nuovo articolo 201 CP, secondo il quale il termine di prescrizione per atti punibili contro l'integrità sessuale dei fanciulli sotto i 16 anni incomincia a decorrere solo dal giorno in cui la vittima ha compiuto il 18° anno di età. Essa

sostiene anche il divieto di possedere prodotti della pornografia dura. Sollecita inoltre che si esaminino ulteriori possibilità di lottare contro la violenza servendosi degli strumenti offerti dal Codice penale.

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 1/99)

3.4. Presa di posizione sull'iniziativa parlamentare per l'introduzione di quote minime di presenza femminile nell'ambito delle elezioni al Consiglio nazionale

La Commissione federale per i problemi della donna constata con soddisfazione che la Commissione delle istituzioni politiche del Consiglio nazionale abbia riconosciuto la necessità di stabilire delle quote in ambito politico. Nella sua funzione di commissione extraparlamentare di esperte e esperti in materia di questioni femminili e questioni relative alla parità, la Commissione ha più volte attirato l'attenzione sull'urgenza di introdurre misure mirate e quote a favore del sesso che è finora sempre risultato sottorappresentato. Con la proposta di prevedere una quota di un terzo, le rivendicazioni dell'«iniziativa delle quote» non sono però ancora soddisfatte. Le quote sulle liste per le elezioni al Consiglio nazionale non sono sufficienti per assicurare un'equa rappresentanza delle donne e degli uomini. Urgono dunque ulteriori misure. Inoltre bisognerebbe stabilire una rappresentanza del cinquanta per cento di donne sulle liste elettorali. Insufficiente è anche la limitazione temporale prevista: si estende solo alle tre prossime elezioni al Consiglio nazionale.

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 2/98)

3.5. Presa di posizione sul progetto di legge sul personale federale

La Commissione respinge il progetto di legge sul personale federale. Pur ritenendo opportuna la revisione dell'attuale normativa riguardante i funzionari, giudica il progetto presentato poco convincente. Le norme relative alla delega conoscono margini ampi, si spingono notevolmente oltre il diritto vigente, e sono legate a rischi insostenibili sotto il profilo della politica del personale. Una nuova legge sul personale deve imperativamente considerare i seguenti aspetti:

- La Confederazione deve continuare a fungere da modello quale datore di lavoro attrattivo e rispettoso delle aspirazioni sociali.
- I punti centrali devono essere contemplati direttamente dalla legge: tra di essi vi sono la fissazione dei salari minimi e massimi, la regolamentazione del tempo di lavoro massimo, la regolamentazione del lavoro a tempo parzia-

le, le prestazioni in caso di impedimento al lavoro ecc.

- È necessario formulare obiettivi precisi riguardo alla parità tra donna e uomo.

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 2/98)

3.6. Presa di posizione sulla regolamentazione concernente gli stranieri 1998/99 - ordinanza che ne limita il numero

Il proposto abbandono del modello dei tre cerchi incontra l'approvazione della Commissione. L'introduzione di una concezione duale di reclutamento rappresenta un passo nella giusta direzione, dato che contiene un modello di accesso per lavoratrici e lavoratori stranieri provenienti da stati non facenti parte dell'UE non più incentrato sulla nazionalità, bensì in primo luogo sulle qualifiche di queste persone. Dal punto di vista della donna e della parità, la concezione verso la quale si sta tendendo richiede tuttavia un attento esame. Ancora oggi, infatti, le donne che volessero accedere a attività qualificate incontrano difficoltà ben maggiori degli uomini. Meccanismi di discriminazione in base alle qualifiche e alle prestazioni esistono tanto in Svizzera quanto all'estero.

(La presa di posizione è riportata testualmente in «Problemi al femminile» 2/98)

3.7. Presa di posizione sulla legge sul credito al consumo

La Commissione federale per i problemi della donna approva le linee fondamentali del progetto di modifica della legge federale dell'8 ottobre 1993 sul credito al consumo. Esso si prefigge infatti di migliorare la tutela delle consumatrici e dei consumatori. Le donne sono interessate dall'accensione di un credito non solo come consumatrici, ma soprattutto anche come componenti di una famiglia. La Commissione chiede che l'esame della capacità di credito si basi non solo sul minimo esistenziale non pignorabile - considerata la pignone, le imposte e gli impegni finanziari annunciati presso il centro di informazione sul credito al consumo -, ma comprenda anche i costi effettivi dovuti al sostentamento della prole.

(La presa di posizione è ottenibile presso il segretario)

3.8. Presa di posizione sulla legge concernente la «Fondazione Svizzera solidale»

La Commissione federale per i problemi della donna appoggia l'idea di creare la Fondazione Svizzera solidale, ma sollecita una formulazione più precisa dello scopo e dei compiti di tale ente. Tra i compiti centrali della Fondazione devono rientrare la lotta contro qualsiasi forma di discriminazione e la promozione dei

diritti umani. Tra questi ultimi rientrano in particolare anche l'impegno a favore dei diritti della donna e della fanciulla. All'atto di attribuire denaro della Fondazione occorre pertanto accertarsi che i progetti rilevanti per la donna e per la parità abbiano uguali possibilità di essere presi in considerazione.

4. Progetti conclusi

4.1. Cartella informativa e poster «Donne Potere Storia» v. 2.1.

4.2. Manifesto interpartitico «Più donne in Parlamento»

I partiti svolgono un ruolo chiave per quanto riguarda la parità tra donne e uomini nel mondo politico. La Commissione federale per i problemi della donna, rappresentata dal gruppo di lavoro «politica», ha pertanto invitato a un colloquio le delegate per la parità attive in seno ai partiti. Lo scopo dell'incontro era di analizzare la situazione delle donne nei partiti e le possibilità di sostenere le candidate in vista delle elezioni nazionali del 1999. A seguito di questo colloquio si è deciso di elaborare un manifesto interpartitico e di discutere con i vertici dei partiti le rivendicazioni che vi venivano espresse. Il manifesto è stato creato dalla Commissione federale per i problemi della donna e è quindi stato discusso e approvato nel corso di una successiva riunione con le rappresentanti dei partiti PLR, PPD, UDC, PSS, Verdi e PEV. Il manifesto contiene dodici rivendicazioni centrali indirizzate ai vertici dei partiti. È stato presentato dalla Commissione e dalle rappresentanti dei partiti il 25 maggio 1998 nel corso di una conferenza stampa.

La Commissione federale per i problemi della donna ha organizzato il 15 giugno 1998 una tavola rotonda interpartitica sulle elezioni nazionali, alla quale i vertici dei partiti e le delegate per la parità hanno dibattuto il manifesto.

La Commissione continuerà a collaborare con i partiti nel 1999 (v. anche 5.1.).

4.3. Audizione sulle quote in politica

Nel corso di un'audizione interna, la Commissione federale per i problemi della donna si è occupata delle quote riservate a ogni sesso in politica. Lo scopo di questa audizione era di informare le membre e i membri della Commissione sullo stato attuale del dibattito sulle quote. Il motivo più immediato era dato dal dibattito sull'iniziativa popolare «per un'equa rappresentanza delle donne nelle autorità federali» (iniziativa 3 marzo) – la cosiddetta iniziativa delle quote – in seno all'apposita commissione del Consiglio nazionale, come pure dalla sentenza

del Tribunale federale concernente l'iniziativa delle quote solettese. La dr. iur. Denise Buser e il dr. iur. Tomas Poledna hanno tenuto delle relazioni sulla costituzionalità delle quote per i sessi in ambito politico, mentre il politologo dr. Werner Seitz si è occupato degli aspetti di tecnica elettorale inerenti alla concretizzazione dell'iniziativa delle quote. Al termine ha avuto luogo un dibattito con la relatrice e i relatori.

(Le relazioni sono pubblicate in «Problemi al femminile» 1/98, v. 2.2.)

4.4. Convegno sul «gender mainstreaming»

La Commissione ha organizzato a Berna, in collaborazione con l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo, un convegno specialistico sul tema «Gender mainstreaming – o come rendere cosa ovvia la politica della parità?». Il concetto di «gender mainstreaming» è ancora poco conosciuto in Svizzera. A livello internazionale e nel campo della cooperazione allo sviluppo sta per contro affermandosi. Il termine sintetico di «gender mainstreaming» (che significa integrazione della prospettiva di genere) serve a descrivere i processi politici e le decisioni necessarie per imporre la parità tra donna e uomo a tutti i livelli dello stato e della società, ma anche per renderla una cosa ovvia e normale (appunto: «mainstream»).

Al convegno sono intervenute: la prof. dr. Barbara Schaeffer-Hegel, sociologa del Politecnico di Berlino e presidente dell'Accademia europea per le donne nel mondo politico e economico, con una relazione intitolata «Stato e genere. Mainstreaming quale strumento della politica della parità»; Sabine Overkämping, giurista presso l'Unità delle pari opportunità tra donna e uomo dell'Unione europea a Bruxelles ha parlato su «Gli sviluppi recenti nella politica della parità tra donne e uomini nell'Unione europea»; mentre Gertrud Åström, direttrice e membra di vari progetti di mainstreaming in Svezia e nei paesi scandinavi, di Stoccolma, ha fornito un resoconto su: «Mainstreaming in Svezia. Operare a favore di un governo paritario a livello locale». Gli aspetti centrali delle tematiche sono quindi stati approfonditi nell'ambito di vari ateliers, in parte con le relatrici, in parte con delle animatrici esterne, segnatamente: la dr. phil. Regula Frey Nakonz, direttrice del Centro di coordinamento donne e sviluppo delle Organizzazioni umanitarie e missioni evangeliche della Svizzera, Zurigo; Anne Zwahlen in rappresentanza della Direzione dello sviluppo e della cooperazione; Patricia Schulz, direttrice dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo; Elisabeth Keller, segreta-

ria generale della Commissione federale per i problemi della donna.

(Le relazioni tenute al convegno saranno pubblicate in «Problemi al femminile» 1/99)

4.5. Rinnovamento del periodico «Problemi al femminile»

Il periodico «Problemi al femminile», pubblicato dalla Commissione federale per i problemi della donna, esce ormai da vent'anni. Attualmente conosce una tiratura di 5'500 esemplari (5'200 dei quali sono diffusi in abbonamento). L'abbonamento è gratuito. Nel corso degli anni il volume e il contenuto del bollettino si sono ampliati, mentre la presentazione, eccettuato qualche leggero ritocco, è cambiata assai poco dal 1978 a oggi. La copertina, la veste grafica e l'impaginazione non soddisfano più le esigenze attuali. Il compito di elaborare una nuova concezione grafica per il testo e la copertina come pure per la «F», quale logo della Commissione federale per i problemi della donna, è stato affidato all'Atelier Theo Leuthold & Associates di Zurigo.

A partire dal 1999 «Problemi al femminile» uscirà due volte l'anno. Affinché la rivista continui a essere distribuita gratuitamente e affinché le innovazioni ritenute necessarie dalla Commissione non incidano sui costi, si rinuncia in futuro a produrre un terzo numero all'anno. «Problemi al femminile» rimarrà una rivista specializzata. Ogni numero sarà dedicato a un tema specifico, mentre in altre rubriche saranno presentate le prese di posizione della Commissione, le relazioni tenute nell'ambito di convegni, una panoramica dei dibattiti parlamentari rilevanti in materia di parità, una cronaca dei fatti correnti e brani letterari.

5. Progetti in corso

5.1. Elezioni nazionali 1999

Dopo l'approvazione e il dibattito avuto con i vertici dei partiti in merito al manifesto interpartitico «Più donne in Parlamento!» (v. anche 4.1.), il gruppo di lavoro «politica» ha discusso insieme alle rappresentanti dei partiti ulteriori passi per realizzare la parità nel mondo politico. Già in programma è un ulteriore incontro con i vertici dei partiti all'inizio del 1999.

Dato che, oltre ai partiti, anche i mass media svolgono un ruolo chiave nella realizzazione della parità tra donna e uomo in politica, la Commissione ha avviato dei contatti con la Società svizzera di radiotelevisione SSR. Nel maggio 1998 una sua delegazione ha avuto un colloquio con rappresentanti della SSR, segnatamente anche con il direttore Armin Walpen. La Commissione ha sottoposto alla SSR le proprie raccomandazioni, volte a

migliorare la presenza delle candidate nei mass media e a promuovere la parità tra donna e uomo nei mass media.

Nel mese di giugno la Commissione si è rivolta per scritto al presidente della Confederazione, chiedendo che il Consiglio federale predisponga delle misure per migliorare la rappresentanza femminile in Parlamento in vista delle elezioni federali del 1999. La Commissione desiderava in particolare che la Confederazione realizzasse una campagna d'informazione e di sensibilizzazione. Il Consiglio federale ha in seguito istituito il gruppo di lavoro interdipartimentale «elezioni 1999», affidandogli il compito di studiare le possibilità inerenti a una simile campagna. La Commissione federale per i problemi della donna è ora anch'essa rappresentata in seno a tale gruppo di lavoro.

5.2. Pubblicazione della cartella informativa «Donne Potere Storia»

Il parte: formazione

È in preparazione la seconda parte della cartella informativa, dedicata al settore della formazione. I temi che vi verranno approfonditi sono: la formazione delle ragazze, la formazione professionale, la questione delle donne nelle università. La sua pubblicazione è prevista per il mese di giugno 1999.

6. Varia

6.1. Contatti

In occasione della seduta plenaria di due giorni, tenutasi in novembre a Basilea, la Commissione si è incontrata per uno scambio di informazioni e di esperienze con le rappresentanti e i rappresentanti del mondo politico locale e cantonale, con la Commissione cantonale per le questioni femminili, l'Ufficio per la parità, le organizzazioni femminili e la stampa.

La presidente della Commissione ha fornito delle informazioni sulle priorità del lavoro commissionale nell'ambito di un incontro tra le deputate, svoltosi nel corso della sessione autunnale delle Camere. Agli ulteriori incontri tra deputate, che si tengono durante ogni sessione, ha partecipato anche il segretariato della Commissione.

Traduzione: Romana Camani-Pedrina

Commissione federale per i problemi della donna: Priorità del 1999

I Attività prioritarie

Priorità n° 1

Donne e politica / Elezioni nazionali 1999

La Commissione federale per i problemi della donna prosegue il proprio lavoro in vista delle elezioni dell'ottobre 1999 al Consiglio nazionale e al Consiglio degli Stati. Rivolgerà il suo appello al sostegno in particolare ai partiti, ai mass media, alle organizzazioni delle donne e all'opinione pubblica in generale.

Sulla base del manifesto interpartitico allaccerà dei contatti con i vertici dei partiti e le delegate per la parità attive in seno ai partiti.

Proseguiranno anche i colloqui con i mass media. Il loro scopo è di migliorare la presenza femminile, in particolare quella delle candidate al Consiglio nazionale e al Consiglio degli Stati, nei vari organi della stampa scritta e elettronica.

La Commissione federale per i problemi della donna collaborerà con le organizzazioni delle donne e sosterrà gli sforzi intrapresi a livello interpartitico per promuovere la partecipazione politica delle donne.

Mediante attività idonee intende anche interpellare direttamente le cittadine e i cittadini chiamati alle urne. In tal modo vuole da un lato incentivare la partecipazione attiva e dall'altro attirare l'attenzione sulla sottorappresentanza delle donne in Parlamento.

Priorità n° 2

Pubblicazione della cartella informativa

«Donne Potere Storia»

Il parte: formazione

La seconda parte di «Donne Potere Storia» recherà il titolo «Formazione» e approfondirà le tematiche: formazione delle ragazze e coeducazione, donne nel mondo universitario e nel mondo scientifico, formazione professionale delle donne.

Priorità n° 3

Elaborazione e pubblicazione di prese di posizione sulle consultazioni

Si prepareranno delle prese di posizione sui progetti di legge importanti ai fini della parità. Annunciate sono già le seguenti consultazioni:

- legge federale sugli esami genetici umani,
- legge federale sulla formazione professionale,

- revisione totale della legge sull'asilo,
- revisione totale della legge federale concernente la dimora e il domicilio degli stranieri.

La Commissione esprimerà la sua posizione anche sul primo rapporto della Svizzera concernente la Convenzione dell'ONU sull'infanzia come pure sul Piano d'azione svizzero per la parità tra donna e uomo (lavori al seguito della IV Conferenza mondiale dell'ONU sulle donne, Pechino 1995).

Priorità n° 4

Pubblicazione della rivista «Problemi al femminile»

Si prevede l'uscita di due numeri del periodico «Problemi al femminile» con temi d'attualità. «Problemi al femminile» 1/99 tratterà prioritariamente la questione del «gender mainstreaming»; mentre l'argomento principale di «Problemi al femminile» 2/99 sarà stabilito in primavera.

Priorità n° 5

Organizzazione di un convegno

Il tema del convegno sarà fissato in primavera.

II Altri temi

La Commissione federale per i problemi della donna continuerà a occuparsi a vari livelli di tutte le tematiche rilevanti per la donna e la parità. Tra di esse rientrano tra l'altro, oltre agli argomenti prioritari ai quali si è accennato sopra, lo sviluppo di visioni in materia di politica della donna e della parità, il «gender mainstreaming» quale programma politico per l'attuazione della parità, la violenza contro le donne, le giovani e la salute, la politica occupazionale e del mercato del lavoro, la conciliabilità tra famiglia e professione, la sorveglianza extrafamiliare della prole, l'imposizione fiscale e il primo rapporto svizzero sulla Convenzione dell'ONU concernente l'eliminazione di ogni forma di discriminazione contro le donne.

Traduzione: Romana Camani-Pedrina

**Eidgenössische Kommission für Frauen-
fragen**
**Commission fédérale pour les questions
féminines**

Zusammensetzung für die Amtsdauer 1997–2000
Composition pour la période administrative 1997–2000

Stand: März 1999
Etat: mars 1999

Präsidentin/Présidente

Chiara Simoneschi-Cortesi, politica, Comano

Vizepräsidium/Vice-présidence

Elisabeth Freivogel, lic. iur. LL.M., Advokatin, Binningen

Enrico Violi, lic. phil.I, Assistent, Zürich

Mitglieder/Membres

Rösy Blöchliger-Scherer, Sekundarlehrerin/Erwachsenen-
bildnerin
Schweizerischer Katholischer Frauenbund, Hochdorf

Dr. theol. Alberto Bondolfi, Sozialethiker, Zürich

Christine Davatz-Höchner, Fürsprecherin und Notarin
Schweizerischer Gewerbeverband, Bern

Eva Ecoffey-Girardi, Gewerkschaftssekretärin, Villars-sur-
Glâne

Max Fritz, lic.iur.
Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich

Olga Gamma Ammann, lic. iur. Rechtsanwältin
Schweizerischer Verband für Frauenrechte, Rümikon-Elsau

Erica Hennequin-Schaerer, enseignante, Courgenay

Dr. iur. Susanne Leuzinger-Naef, Bundesrichterin, Zürich

Regula Mader, Fürsprecherin, Bern

Margrit Meier, lic. rer. pol.
Schweizerischer Gewerkschaftsbund, Bern

Carmen Meyer-Sommer
Bund Schweizerischer Frauenorganisationen, Herrliberg

Anita Barbara Raaflaub, Fürsprecherin
Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein, Zürich

Rita Schmid Göldi, lic. iur.
Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, Zürich

Marianne Schnüriger, Berufsinspektorin
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz,
Zürich

Patricia Schulz, avocate
Directrice du Bureau de l'égalité entre femmes et hommes,
Berne

Annemarie Will-Kohler, Dipl. Bäuerin
Schweizerischer Landfrauenverband, Ursenbach

Katharina Willi, lic. iur.
Evangelischer Frauenbund der Schweiz, Zollikon